

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Spaltung der KPD.?

Hinauswurf von Rosenberg-Scholem-Ruth Fischer usw.

Immer heftiger wird der Kampf in der Kommunistischen Partei. Die „Rote Fahne“ besteht überhaupt nur noch aus der Berichtserstattung über fraktionelle Auseinandersetzungen. Wir registrieren aus diesen Diskussionen, die für einen normalen Menschen mit gesundem Menschenverstand nicht mehr ganz einfach zu kapieren sind, nur das Äußerst Notwendige, nur die Vorgänge, die ein gewisses Allgemeininteresse beanspruchen können. Heute bringt die „Rote Fahne“ eine Kampfanzeige von Rosenberg und Scholem. Diese beiden Hauptlinge des ultralinken Flügels beweisen in ihrer Kampfanzeige, daß allein die „Linke“ in der KPD. das Lebensrecht hat.

Rosenberg und Scholem lehnen den „offenen Brief“ des Effi rundweg ab.

Unsere Ablehnung ergibt sich aus folgenden Gründen:
1. Der Brief des Effi bestreitet nachträglich die historische Berechtigung des Kampfes der Linken innerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands seit dem 3. Weltkongress.

2. Der Brief bietet objektlos der Rechten innerhalb der KPD. die Plattform zur Wiedereroberung der Partei.

3. Der Brief bezeichnet die Linke innerhalb der Partei als ultralink, antibolschewistisch und antikommunistisch.

Wir überlassen es der Genossin Ruth Fischer, durch ihre eigene Unterschrift unter dieses Dokument ihr politisches Todesurteil selbst zu vollziehen.

Rosenberg und Scholem sehen die vollständige Rückkehr der abgesetzten Rechten voraus.

Wir erkennen durchaus an, daß die neue führende Gruppe in der Zentrale, die aus der alten Linken hervorgegangen ist, den guten Willen hat, im Sinne der linken Tradition die Partei zu leiten. Aber die Brandler-Fraktion innerhalb der KPD. nimmt den Brief des Effi zum Anlaß, um auf der ganzen Front vorzuroffen. Schon fordert man die Rückkehr der ausgeschlossenen Fraktionsmacher in führende Parteistellungen, schon schicken sich die durch das Mißtrauen der Mitgliedschaft von ihren Posten entfernten Offiziere der Brandler-Zentrale an, die alten Posten wieder einzunehmen. Schon muß man die Bewirtung der Mitgliedschaft und breiter Funktionärschichten aus, um in geschickter formulierter Resolutionsform die Beschlüsse der linken Vergangenheit der Partei zustande zu bringen. Der im Kern rechte Apparat und Sekretärapparat der Partei jubelt über die Beseitigung der linken Führung. Typisch ist die Resolution der rechten pommerischen Bezirksleitung, die im wesentlichen der Partei empfiehlt, auf den Boden der bestehenden Republik und der Dawes-Gesetze zu treten und nur, wie Sozialdemokraten, durch einige radikal sein sollende Steueranträge ihr Gesicht zu mahnen.

Wir glauben nicht, daß die führende Gruppe der Zentrale aus eigener Kraft imstande sein wird, den erneuten Ansturm der Brandlerianer abzuwehren. Die Rückeroberung der Partei durch die Brandler-Fraktion ist nur zu verhindern durch den Zusammen-

schluß aller ehrlich linken Elemente in allen Bezirken der Kommunistischen Partei Deutschlands. Gelingt es den Rechten, sich der Partei zu bemächtigen, so werden sie die Lösung „Bildung eines linken Flügels der Arbeiterklasse“ dazu ausnützen, um die Rolle der Kommunistischen Partei zu verwischen und durch Bündnispolitik mit der sozialdemokratischen Führerschaft die KPD. zum Anhängsel der SPD. zu machen.

Diese schreckliche Entwicklung ist nach Rosenberg und Scholem nur durch ein Bündnis der Linken gegen die dräuenden Ruth-Gefahren zu fassen.

Für das Effi ist die taktische Lage in der KPD. klar. Mit einer linken Opposition im Rücken läßt sich der Rechtsabmarsch nicht durchführen. Nach berühmten Muster muß deswegen der linke Feind provoziert zum Kampfe gestellt werden. Entweder wird dann die linke Gruppe sich vollständig unterwerfen und den Umstellungsprozess in der Mitgliedschaft nicht weiter stören, oder aber die linke Gruppe wird sofort hinausgeworfen. Zum Ausgleich dafür stehen die abgesetzten und hinausgeworfenen Funktionäre der rechten Gruppe zur Verfügung, wobei man namentlich an alle diejenigen denkt, die in den Gewerkschaften irgend welche Funktionen innegehabt haben. Deswegen sind die Spalten der „Roten Fahne“ mit der heftigsten Kanonade gegen die „Ultralinken“ ausgefüllt. Wie gewöhnlich bedient man sich dabei des sehr bequemen Mittels der Bonzenhege. Auf diese Weise hat man früher mit Hilfe der Linken die Rechten hinausgeworfen, warum soll man jetzt nicht mit Hilfe der Rechten die Linken hinauswerfen? Ein Bonze, ein Intellektueller, ist für das Effi immer der, der anderer Meinung als die Moskauer ist. Sinowjew — der alte, ehrliche Seemann — hält es natürlich immer mit den „guten revolutionären Arbeitern“, die selbstverständlich immer für Moskau sind und blindlings für jeden Blödsinn durchs Feuer gehen, der ihnen von den alten, ehrlichen Seeleuten im Moskauer Krem anempfohlen wird. Das furchtbarste Verbrechen der Linken besteht darin, daß sie gelegentlich von einer „kapitalistischen Politik der Sowjetstaaten“ gesprochen haben. Zweifel an der Unschicklichkeit der Moskauer Pöpsie ist allerdings Todsünde.

Das Lohwobohu in der KPD. beginnt sich erst zu entfalten. Der Gruppen und Gruppen gibt es jetzt schon nicht mehr drei oder vier, wie am Anfang der Diskussion, es gibt ihrer schon Dutzende. Ein Ende ist nicht abzusehen. Um so weniger, als schließlich die arme neue Zentrale ihren Anhängern doch auch einmal sagen muß, was sie nun selber eigentlich will. Und um die Linie der Komintern ohne Abweichungen auszubalsamieren, muß man einen Seltänzer an die Spitze stellen und keinen Transportarbeiter. Der wird es ganz gewiß nicht schaffen.

Diese Behauptungen entbehren jeder Grundlage. Briand habe bald nach Friedensschluß versucht, zu einem Ausgleich mit Deutschland zu gelangen, jedoch habe ihn daran der Nationale Bloch gehindert. Man habe sich dann in das Ruhrabenteuer gestürzt und auf diese Weise in Deutschland eine Mißstimmung und eine Angst entstehen lassen und das deutsche Empfinden schwer verletz. Heute bestünde zwischen Deutschland und Frankreich nur noch ein Mißverständnis. Nichtsdestoweniger sei es erforderlich, daß der Paktvertrag abgeschlossen werde. In späteren Jahren werde niemand verstehen, daß die zwei großen Völker ein derartiges diplomatisches Verwickelungsspiel getrieben hätten und dies in einem Augenblick, wo von ihrer Verständigung das Schicksal Europas abgehängt habe.

England und der Völkerbund.

Lord Cecil verteidigt die Haltung der englischen Regierung

Genf, 22. September. (W.F.B.) Lord Robert Cecil wies gegenüber Pressevertretern die von französischer Seite erhobenen Anschuldigungen gegen die britische Delegation zurück und erklärte, daß die britische Regierung ihre Haltung gegenüber dem Völkerbund nicht geändert habe und nach wie vor sich für die Stärkung seiner Autorität einsetze, was schon daraus hervorgehe, daß sie sich verpflichtet habe, die Entscheidung des Völkerbunds in der Moskaufrage anzunehmen. Lord Robert Cecil nahm dann Stellung zu verschiedenen Arbeiten der gegenwärtigen Völkerbundsversammlung, wobei er betonte, daß die englische Regierung genau so wie jede andere Regierung bestrebt gewesen sei, die drei Probleme Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung möglichst bald zu einer praktischen Lösung zu bringen. In der Frage der Abrüstung sei bereits eine Einigung erzielt. Die Abrüstungskonferenz werde von England aus keinen Fall verzögert werden. Ihre Einberufung werde dem Völkerbundsrat überlassen, und England hoffe, daß bei dieser Konferenz gute Ergebnisse erzielt werden können. Auch bezüglich des französischen Antrags auf Einberufung einer Wirtschaftskonferenz bestünde kein Gegenstand, denn England sei grundsätzlich zur Mitarbeit bereit und habe nur im Interesse der Sache darauf hingewiesen, daß bei dem Plan mit der größten Vorsicht vorgegangen werden müsse.

Spanische Offensive.

Paris, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Aus Madrid wird gemeldet, daß der spanische Diktator Primo de Rivera in Cebrada gelangt sei. Er habe dort mit den kommandierenden Generalen beraten und die Stellungen besichtigt. Die Truppen würden heute zum Angriff übergehen.

„Der Pakt ist fertig!“

Die Regierung nicht.

Heute morgen war hier gefagt, ein Rücktritt Deutschlands von den Paktverhandlungen würde einen Zusammenbruch der deutschen Außenpolitik bedeuten; es handle sich also nur noch um die Frage, ob dieser Zusammenbruch wirklich herbeigeführt werden müsse, weil das Agitationsbedürfnis der Deutschnationalen eine solche katastrophale Schädigung Deutschlands verlange.

Jetzt bestätigt die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Reichslandbunds die Richtigkeit dieser Auffassung, indem sie schreibt:

Unsere eigenen grundsätzlichen Bedenken gegenüber der von Herrn Stresemann eingeleiteten Paktpolitik sind hier mehr als einmal ausführlich dargelegt worden. Trotzdem würde heute die Gesamtlage Deutschlands sicherlich nicht gebessert werden, wenn man die Einladung zur Außenministerkonferenz ohne triftige Begründung ablehnen oder die Antwort mit ganz neuen Forderungen und Vorbehalten, die offensichtlich über jene der Deutschen Note vom 20. Juli hinausgehen, belasten wollte. Die Verantwortung hierfür und für ein auf solche Weise etwa verursachtes Scheitern der Paktverhandlungen könnte von der deutschen Rechten nicht getragen werden.

Positiv erklärt das deutschnationale Blatt:

Wie die Dinge heute liegen, erscheint es wahrscheinlich, daß die Einladung der Allierten angenommen werden wird. Ueber die Modalitäten werden voraussichtlich erst die nächsten Tage eine Klärung bringen. Grundfährlich hat das Reichskabinett schon am 27. August in seiner Antwort auf die französische Note vom 24. August sich damit einverstanden erklärt, daß der Rotenwechsel abgeschlossen werde und mündliche Verhandlungen „zur weiteren Klärung der mit dem Sicherheitspakt zusammenhängenden Fragen“ an seine Stelle treten.

Die Erklärung des Landbund-Organs ist um so bedeutungsvoller, als heute der deutschnationale Parteivorstand und die Landesverbandsvorstände über ihre weitere Haltung beraten und erst nach Abschluß dieser Beratung die Kabinettsitzung fortgesetzt werden soll.

Die „Deutsche Tageszeitung“ tröstet ihre nationalistische Leserschaft damit, daß es sich auf der geplanten Konferenz ja nur um „vorberedende Verhandlungen“, nicht um „endgültige Formulierung und Abschluß eines Pakts“ handeln werde. Wodurch sprach man von „Vorerörterungen“ im Gegensatz zu „Verhandlungen“, jetzt ist man immerhin schon auf „vorberedende Verhandlungen“ gefaßt. Es bleibt aber bei dem Bestreben, Dinge, die außenpolitisch notwendig, nur innenpolitisch unbedeutend sind, auf die lange Bank und die Wahrheit möglichst weit von sich wegzuschieben. Die Wahrheit ist, daß die „nationalistische“ Regierung, die Deutschland jemals besessen hat — selbst im kaiserlichen Deutschland war der Einfluß nationalisierender Parteiorganisationen auf die Reichsregierung nie so groß und so unmittelbar wie heute —, die deutsch-französische Verständigung mit allen Mitteln und um den Preis des ewigen Verzichts auf Elsaß-Lothringen erstrebt. An dieser Wahrheit kann man nichts ändern, man möchte sie nur so lange wie möglich den Wählern vorenthalten. Es fehlt der Mut, sich zu ihr zu bekennen.

Darum dieses lächerliche Durcheinander, das Stöcken der Kabinettsberatung, die Lähmung der Entschlußkraft. Darum das Aufwerfen und Dazwischenschieben von hundert Einzelfragen, u. a. auch der, wer zur Konferenz gehen und wer ihn begleiten soll. Einst hieß es bei den Deutschnationalen, wenn schon jemand zur Konferenz gehe, dann dürfe es nicht Stresemann sein, dann müsse der gegenwärtige Außenminister durch einen „nationaleren“ ersetzt sein. Namen wurden schon genannt. Dann fand man sich mit Stresemanns Reise ab, schien aber darauf bestehen zu wollen, daß dem national Unzuverlässigen oder doch wenigstens Verdächtigen eine streng nationale Gardebataillon mitgegeben würde. Allerdings war man ein wenig in Verlegenheit, wenn man mit dieser ehrenvollen Aufgabe betrauen solle — Luther war nicht zuverlässiger als Stresemann. Kommt man aber Herrn Schiele nach seinem berühmten Brief an Brüninghaus die nötige Beobachtungsgabe zutrauen?

Jetzt ist die „Deutsche Tageszeitung“ schon so weit, auch Herrn Stresemann allein gehen lassen zu wollen. Sie begründet diesen Entschluß mit der Behauptung, daß die Bindung Deutschlands weniger stark sei, wenn nur ein Minister verhandelt, als wenn es mehrere, darunter der Reichszkanzler selbst wären. Sie schafft sich zu diesem Zweck eine Theorie der diplomatischen „Reservestellung“, beruft sich auf englisch-französische Vorbilder und versichert, auch die großen Weststaaten vermieden „in den ersten Stadien der Verhandlungen Bindungen durch entscheidende Kabinettsmitglieder“. Danach wäre die Paktkonferenz ein „erstes Stadium“ und Herr Stresemann, der Außenminister, kein „entscheidendes Kabinettsmitglied“. Man behält sich vor, die Abmachungen, die er in Luzern treffen wird, ebenso zu einer „Privatarbeit des Außenministers“ umzulagen, wie man das mit seiner ersten Note, in der die Paktverhandlungen angeregt worden waren, getan hatte.

Groteskere Formen kann die Scheu vor der Verantwortung nicht annehmen. Die Deutschnationalen handeln nicht nur nach dem Grundsatz „si fecisti nega“, „wenn du es getan hast, leugne es ab“, — nein, sie verweigern das, was sie tun, schon während sie es tun!

Aufrichtiger als die „Deutsche Tageszeitung“ und überhaupt die Rechtspresse der Reichshauptstadt ist nur derjenige

Landtagsbeginn.

Wiederzusammentritt des preussischen Landtags.

Der preussische Landtag tritt heute nach mehrmonatiger Sommerpause wieder zusammen. Er wird verhandeln müssen, endlich zu positiver Arbeit zu gelangen, nachdem die Partei des Herrn Stresemann bis dahin in treuer Gemeinschaft mit Deutschnationalen und Kommunisten viele Monate hindurch nichts als Regierungskrise gespielt hatte. Jetzt mag es immer noch Leute geben, die dieses Krisenspiel wieder ansängen und das Zentrum mit hineinziehen möchten. Aber seit einiger Zeit sind die Stimmen stiller geworden, die danach schrien, denn die Laune ist nicht überall mehr die gleiche, die vor der Reichspräsidentenwahl und vor der Zollwüchergesetzgebung vorherrschend sein mochte.

Die preussische Staatsregierung, die bei ihrem Amtsantritt ein glattes Vertrauensvotum erhielt — wenn auch nur mit kleiner Mehrheit —, wird den Landtag vor eine Reihe wichtiger Aufgaben stellen. Hat doch infolge der Krisenspielerlei bisher noch nicht einmal der Staatshaushalt für 1925 verabschiedet werden können! Noch immer nicht erledigt sind auch Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnungen, die schon wiederholt kurz vor dem Abschluß standen und dann immer wieder vertagt wurden. Durch die Denkschrift des Ministers des Innern über die Verwaltungsreform ist eine große Aufgabe in den Vordergrund des Interesses gerückt, an der bisher nur sehr wenig gearbeitet worden ist.

Der Landtag, der zur gesetzgeberischen Arbeit gewählt worden ist, wird jetzt Gelegenheit haben, diese Arbeit zu leisten. Aber er wird sich darüber klar sein müssen, daß keine vorteilhaft-kommunistisch-deutschnational-nötkische Obstruktion auf die Dauer Duldung finden kann. Denn schließlich wird der Wähler befragt werden müssen, ob er einen arbeitenden oder einen obstruierenden Landtag wünscht. Und da sind wir nicht im Zweifel, wie der Wähler entscheiden wird!

Briand für Ausgleich mit Deutschland.

Offizielle Abwehr reaktionärer Treiber.

Paris, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung naheliegende „Coe nouvelle“ tritt am Dienstag morgen in energischer Weise für den Sicherheitspakt ein. Die reaktionäre Presse, schreibt das Blatt, behauptet seit einigen Tagen, daß Briand jede Illusion bezüglich der deutschen Demokratie verloren habe und daß er ersichtlich die Möglichkeiten eines Krieges ermöge.

Teil der deutschnationalen Presse im Reich, der an der Opposition gegen den Paktplan noch immer festhält. So bringen die „Hamburger Nachrichten“ in größter Aufmachung eine Meldung der „Chicago Tribune“, wonach zwischen Deutschland, Frankreich und England über den Pakt bereits ein vollkommenes Einverständnis besteht und der Pakt, wie er in den bisherigen Erörterungen besprochen wurde, zweifellos von der Paktkonferenz Anfang Oktober angenommen werden würde. Die „Hamburger Nachrichten“, die als wohlinformiertes Blatt in die Wichtigkeit dieser Meldung keinen Zweifel setzen, brechen über sie in folgendes Lehrgeschrei aus:

Wenn die „Chicago Tribune“ nicht phantasiert, und das pflegt sie eigentlich nicht zu tun, sondern sich immer auf sehr gute Informationen in Paris zu stützen, dann ist also der Sicherheitspakt schon fast und fertig, und die Konferenz der Minister wäre nur die theatralische Schlussapotheose, mit der man den Völkern, vornehmlich natürlich dem deutschen vorkommt, daß man keine Geheimdiplomatie treibt, sondern im Licht der Öffentlichkeit verhandelt.

Diese „theatralische Schlussapotheose“ könnte allenfalls immer noch besser ausfallen, als die Komödie, die die Deutschnationalen ihrem sehr leichtgläubigen, aber trotz alledem längst stuhlig gewordenen Anhang vorspielen. Kläglich kann man nicht dastehen als diese „größte Regierungspartei“, die sich in entscheidenden nationalen Fragen regieren läßt und regieren lassen muß, weil sie sich durch ihre demagogischen Hauswurfereien selber den Weg zur Vernunft verbannt hat.

Der „König“ ohne Land.

Aber mit allergetreuesten Landjüngern.

Auf der Mittsche Bohrenbusch in Hinterpommern sitzt ein Junker von Bonin, der sich selbst als „Königlicher Landrat a. D.“ bezeichnet. Dem Brauen fällt es täglich schwerer aufs Herz, daß er auf seinem Gute kein kleiner König mehr sein darf. Aber ganz aus dem Häuschen gerät er, wenn er daran denkt, daß er und seine Gefinnungsgenossen keinen richtigen, mächtigen König mehr haben, denn sie zu Zeiten die Hand wie die Stiefel abschleiden können.

Deshalb ist besogter Bonin auf einen noblen Gedanken verfallen. In seiner Eigenschaft als „Kirchenpatron“ hat er an die pommersche Provinzialsynode den folgenden Schreibbrief gerichtet:

„Die Hochwürdigste Provinzialsynode von Pommern bitte ich, an die Geistlichen der Provinz die Aufforderung zu richten, die durch die Abende vorgeschriebene Fürbitte für den König und das Königl. Haus nicht zu unterlassen.“

Begründung: Durch ein Verbrechen, wie es schwerer wohl noch niemals gegen ein ganzes Volk begangen worden ist, wurde im Monat November 1918 unser König vertrieben und im Widerspruch zu der beschworenen Verfassung in illegaler Weise die republikanische Staatsform in Preußen eingeführt.

Durch Verfügung vom 31. Dezember 1918 teilte das Konfessionarium den Geistlichen der Provinz mit, daß der Evangelische Oberkirchenrat annehme, daß die Geistlichen der Landeskirche in der von der Abende... vorgeschriebenen Fürbitte für den König und sein Haus diejenigen Änderungen einbringen lassen, die sich aus den veränderten politischen Verhältnissen ergeben.“ Viele Geistliche haben diesem vieldeutigen Erlaß des Oberkirchenrats dadurch Rechnung getragen, daß sie die Fürbitte für den König und sein Haus einfach fortlassen. Dies ist von vielen Kirchenbesuchern jahrelang schmerzhaft empfunden worden, und nachdem Se. Majestät unser rechtmäßiger König das Alter der Grobjährigkeit erreicht hat, nicht mehr zu ertragen. Nachdem Se. Majestät Wilhelm II. die Krone niedergelegt, Heer und Beamtenchaft von ihrem Treueid entbunden und Se. Majestät und Königl. Hoheit der Kronprinz auf die Thronfolge verzichtet hat, nimmt seit dem 2. Dezember 1918 dessen ältester Sohn Prinz Wilhelm nach göttlichem und menschlichem Rechte den Preussischen Königsthron ein. (Vergl. Artikel 53 der Pr. Verfassung vom 31. Januar 1850.) Durch verbrecherische Handlungen kann selbstverständlich kein neues Recht geschaffen werden. Preußen ist daher immer noch rechtlich ein Königreich, wenn der König auch augenblicklich durch die Macht der Verhältnisse an der Ausübung seiner unverbrüchlichen Rechte behindert ist. Um so mehr bedarf er der Fürsorge der Gläubigen.“

Die „Tribüne“: „Zurück zu Methusalem“.

Das Paradies, die Schlange, Adam und Eva. Der Dichter macht da ziemlich deutliche Angaben, ohne die Phantasie des Bühnenmeisters allzu eng einzuführen zu wollen. Man kann sich denken, daß die „Tribüne“ wenig Raum für ein Paradies bietet. Alles ist flüchtig, der Garten Eden mußte etwas zerquetscht werden, und so geht viel Mühsal verloren. Trotzdem sprühen die Worte Schams, es leuchtet aus ihnen Witz und Leberwitz. Adam, Eva und die Schlange unterhalten sich. Die ersten Menschenkinder lernen, was Sünde und Sinnenlust ist. Die ersten Menschenkinder tragen es schwer, daß sie vielleicht allein für alle Ewigkeit und in unermindelter Unsterblichkeit bleiben sollen. Da lernen sie, daß sie aus ihren Leiden Kinder zeugen werden und selbst nicht fürchten müssen, daß sie ewig leben werden. Wächend über diese Gewissheit danken sie es der schillernden Schlange und es verklären sich die Züge Evas, der zur Urmutter bestimmten Frau. Solche Menschen, die so viel Bedeutsames sprechen, die so viel Nachdenklichkeit im Gesicht des Zuschauers lockern müssen, dürfen nicht stummlich behindert sein. Ueberredung, jubelnde Süßigkeit und ein köstlicher Schmelz müssen erklingen aus den Rechten der Schlange und Adams und Evas. Johanna Höfer ist aber eine etwas flachköpfige Eva, und die liebende Verführung wird auch nicht verspürbar, wenn der vierfarbige Mund der Schlange, die Fräulein Umi A ersten spielt, sich aufstaut. Uebrig bleiben noch in diesem Paradies Adam, Herr Stahl-Rachbaur, und sein Sohn Kain, Herr Wilhelm Dieterle, Adam und Kain, Gegenstücke der Ramannatur. Der Urmordtölpel aufgedeckt gegen den erwachenden Schlafkopf. Kain mordet seinen Bruder Abel, weil er dessen geröstete Fleischspeise an sich bringen will. Kain träumt, daß er wütende Menschen in Heerscharen gegen einander hehen möchte, damit sie sich töten. Ersinder des Nordes ist Kain, und er hat sich dessen auf der Bühne zu rühmen. Abel ist die dankte Boden- und Friedensnatur, gestellt gegen die flammende Kriegsnatur. Zwei Schauspieler sollen sich geistreich balgen und alle Gedankenfäden austragen mit gekünstelter Zunge. Die Schauspieler wußten nicht recht, ob sie realistisch wirken oder sich phantastisch ins Unwahrscheinliche hinüberseigen sollten. Das löste sich nicht auf. Aber dann fällt dem Dichter jene grobhartige Szene ein, wo Eva, die Urmutter, den friedlichen Tölpel und den wüßigen Krieger zugleich bündigt, nur durch die Inbrunst ihrer Mütterlichkeit. Eva erzählt von ihrer tausendfachen Söhne- und Töchterchaft. Wie sie nicht nur dem Ersinder des Nordes, sondern auch Diakot und Hötenspieler und Bildschnitzer aus ihrem Schoße gebar, das rühmt sie. Und man wird ganz stille bei dieser die Welt überspannenden, trotzdem gar nicht überspannten Lyrik, die plötzlich durch das Theater hallt.

Und nun unsere Zeit: noch dem Urmordtölpel die Gegenwarts- komödie, in der zwei weltberühmte Straßhühner trüffeliger Politik so deutlich und doch wieder so übernatürlich und lang zerzaust werden, daß man gezwungen ist, Scham zum wirklich möglichsten Mann Europas

So kann das ganze Schreiben zunächst aussieht — es hat doch einigen Witz. Denn plötzlich wird da ein Trohnpräsidenten mitten in die Erörterung gestellt, von dem bisher niemand etwas wußte. Zwar hatten wir auch die pommersche Provinzialsynode trotz der junkertlichen Umgebung für klug genug, daß sie den Boninischen Vorschlag ablehnt. Denn einmal hat die Kirche den biblischen Satz zu befolgen: „Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat.“ Und dann wird sich die Synode doch wohl selbst sagen müssen, daß sie den schwersten politischen Kampf in die Kirche tragen würde, wenn sie einem „König ohne Land“ eine besondere Fürbitte weihen lassen wollte, was gleichbedeutend mit offenem Kampf gegen die Republik wäre. Die evangelische Kirche hat doch wirklich alle Ursache, ihre Anhänger zusammenzuhalten. Sie laufen ja ohnehin in Scharen davon. Wenn sie auch die letzten Anhänger noch beiseite zu lassen brauchte, so nur den ausgefallenen Vorschlägen des Kirchenpatrons von Bohrenbusch zu folgen.

Aber sie wird es nicht tun, und der Jüngling von Dels, der jetzt schon als „Se. Majestät“ gefeiert wird, dürfte deshalb gut tun, sich auf die „Fürbitte der Gläubigen“ nicht allzu fest zu verlassen.

Antisemitische Roheit.

Gegen Herrn Quaaq.

Auf der deutschnationalen Schulungswoche hielt Herr Geheimrat Quaaq einen Vortrag, in dem er über die Auslieferung Deutschlands an das internationale Finanzkapital klagte. Dabei sagte er: „Die dafür erforderliche Intelligenz hat die Demokratie gestellt.“ Hier hielten nach dem Bericht der „Kreuzzeitung“ Juruse: „Die Juden!“

Das muß ausgerechnet dem Sohn einer geborenen Oppenheim passieren! Außerdem ist aber der Vorwurf ganz unbegründet. Denn Herr Quaaq steht außerhalb jedes Verdachts, zu irgendeinem Zweck der Welt die „erforderliche Intelligenz“ geliefert zu haben.

Die Krise im Zentrum.

Berlin gegen die Reichstagsfraktion.

In der „Germania“ hat kürzlich der württembergische Abg. Andre das Verhalten der Reichstagsfraktion zu verteidigen versucht. Gegen ihn wendet sich jetzt an gleicher Stelle der Vorsitzende der Berliner Zentrumspartei Fritz Kellermann. Er tritt scharf die enge Bindung seiner Partei an die Deutschnationalen und stimmt dem Abg. Schlaß zu, der in der „Essener Volkszeitung“ geschrieben hatte, das Zentrum stehe zum Kabinett Luther treuer, als es jemals zu einer früheren Koalitionsregierung gestanden habe. „Mißtrauen geht nun einmal durch unsere Reihen“ sagt Herr Kellermann hinzu und konstatiert: „Zwischen Abgeordneten und Wählern besteht heute nicht mehr das Vertrauen, das gerade bei uns traditionell war.“

Der Kaufmann-Reigen.

Randbemerkungen zur Entlarbung der deutschnationalen Korruption.

Zwischen den einzelnen rechtsstehenden Blättern ist ein wahrer Wettbewerb entstanden: Es gilt, den unanständigsten, tendenziösesten Bericht über die Entlarbung der deutschnationalen Justizkorruption im Preussischen Untersuchungsausschuß zu liefern. Die Herrschaften haben sich förmlich gegenseitig überboten. Wenn wir Preisrichter wären, würden wir zwischen „Lokal-Anzeiger“ und der „Deutschen Tageszeitung“ schwanken.

An den ausgezeichneten Erklärungen des Regierungsdirektors Dr. Weis wäre vielleicht eines zu bemängeln: Er hat sich u. U. wohl allzu bereitwillig mit der Erklärung des deutschnationalen Abgeordneten Kunkel zufrieden gegeben, daß dieser mit dem Beamtenbespiegelungssystem der Kroll-Bachmeister-Leopold nichts gemein habe. Herr Kunkel erklärte, er hätte keine Veröffentlichungen in der „Berliner Börsenzeitung“ (und übrigens auch in den führenden deutschnationalen Blättern der Provinz) auf Grund von Angaben gemacht, die er nicht von beamteten, sondern von

Privatpersonen erhalten hätte. Das ist natürlich nichts anderes als Wortkauerlei: Wenn Herr Kunkel von Privatpersonen — lies: Kroll-Bachmeister — Mitteilungen über interne Vorgänge im Polizeipräsidium und im Justizministerium erhält, dann muß er wissen, daß sie von Beamtenstipeln stammen; und wenn er sie veröffentlicht, dann macht er sich zum Mitschuldigen an dem von Dr. Weis so vortrefflich gebrandmarkten Beamtenbespiegelungssystem.

In der „Germania“ schreibt ein Mitglied des Untersuchungsausschusses, daß die Kaufmann und Caspary einen bestimmten Typ innerhalb der deutschen Justiz darstellen:

„Was man früher mit dem Ausdruck Affessorismus zu bezeichnen pflegte, das findet in Kaufmann und Caspary eine unerhörte Steigerung. Man hat das Empfinden, daß die beiden jungen Männer viel zu früh in der Behandlung der schwierigsten Fragen größten öffentlichen Interesses hineingeworfen, die innere Haltung und Selbstkontrolle verloren haben. Die Machtmittel, die dem Staatsanwalt zur Verfügung stehen, haben sie in einen Machttausch verfehlt, der bei der Jugend dieser Staatsanwälte grotesk wirkt. Die Fälle der ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel verleitet sie zu Maßnahmen, bei denen man die Empfindung nicht zurückdrängen kann, daß hier mehr die Sucht, sich in Szene zu setzen, maßgebend ist, als die nüchterne Prüfung, welche sachliche Maßnahmen in einem bestimmten Falle zu ergreifen seien.“

Aber das ist nur der eine und eigentlich noch harmlosere Teil dieses Ueber-Affessoriums. Insbesondere Herr Kaufmann, der eine gewisse Offenheit zeigte, wenn es ihm passte, ließ uns auch Blicke in die tieferen Gründe der stillen Grundlage seines Handelns tun, die äußerst bedenklich genannt werden müssen. Die Verhandlungen haben doch ganz zweifellos ergeben, daß seine Verbindungen zu dem völkischen Abenteurer Kroll sehr unerfreulich sind. Man denke sich einmal im alten System die Verbindung eines königlichen Staatsanwaltes mit einem bekannten anarchistischen Agitator! Man denke sich weiter: ein königlicher Staatsanwalt verteidigte sich damit, solche Leute verfügten über gute Beziehungen und deshalb müsse man ihnen Freundschaft gewähren, da man manches von ihnen erfahren könnte. Ein solcher Staatsanwalt würde keine drei Tage mehr im Dienst sein.“

Der Artikelschreiber stellt weiter mit Empörung die ostentative Solidarität, die die deutschnationalen Ausschuhmittglieder Kaufmann gegenüber zur Schau trugen, fest und bemerkt wehmütig dazu: „Wie tief sind in Deutschland die Begriffe von Takt und Anstand gesunken!“ Aber das ist wohl nur eine Folge der Revolution: Wenn sich die Herren Kaufhold und Könnede im Ausschuh demmaßen benehmen, daß der Kammergerichtsrat Deereberg, ihr Fraktionskollege, von ihnen wiederholt abdrücken mußte, so ist selbstverständlich die Republik daran schuld.

Es steht also jetzt schon fest, daß die Leitung des Verfahrens in jener Sache, die durch systematische Verdrehungen Millionen von Menschen in eine Panikstimmung gegen die „republikanische Korruption“ versetzt hat, in den Händen eines Menschen gelegen hat, der sich nicht nur disziplinarisch unzulässig gemacht, sondern auch kriminell schwer belastet hat. Es ist erwiesen, daß dieser Mann eine Verdächtigung nach der anderen ausgestreut und weitergetragen hat, und daß er unter seinem Eide glatte Märchen erzählt hat. Das ist allerdings der Schlüssel der ganzen Barmat-Hehe, wenn nicht auch der Schlüssel des eigentlichen Barmat-Verfahrens.

Der Oberstaatsanwalt Linde hatte Herrn Kaufmann fünf Monate lang freie Hand gelassen. Er befand sich offensichtlich in geistiger Hörigkeit von dem 33jährigen großschnauzigen Affessor. Und der Affessor befand sich in geistiger Hörigkeit von einem völkischen Abenteurer, der unter drei verschiedenen Namen lebte und strafrechtlich unerlaubte Wege ging. Und dieser Herr Kroll-Klinge-Klausing befand sich in materieller Hörigkeit von Herrn Leopold, deutschnationalen Mitglied des Reichstags, dem Vertrauensmann des Braunkohlensyndikats.

Der Reigen ist geschlossen.

Für Belgien aufständig grobzügige Kavalleriemänner finden gegenwärtig in der Nähe von Eupen und Ralmedy statt, um den erschütterten Glauben an den Verteidigungswert der Kavallerie zu stärken.

zu ernennen. Die Brüder Barnabas haben entdeckt, daß die Menschen, die Staatsmänner besonders, nur Russen bleiben, weil sie nicht alt genug werden. Darum ihre Lehre, daß die Welt besser werden wird, wenn die Menschen älter werden können. Und „Zurück zu Methusalem!“ Dieses ist ihr Schlachtruf. Nun sehe man zu, wie die politischen Schlachthühner, die nicht an eine Seelenparole glauben wollen, sondern nur meinen, daß sie durch ein Barnabas-Glück die Unsterblichkeit gewinnen werden, die Lehre annehmen. Sie glauben, sie könnten das Elirier einlösen, und sind äußerst entrüstet, daß man nur irdischen Aufschwung von ihnen verlangt. Wer sind die beiden Streithühner? Shaw läßt keinen Zweifel darüber, daß er Englands Lieblingsmatadore der Politik, die Herren Aquith und Lloyd George zwiden wollte. Stärkere Prügel haben die beiden wohl nie bekommen als in diesem Stück. Der falsche Liberalismus und der oberflächliche Sozialismus, alles erhält seinen Puff. Die köstlichste politische Satire mischt sich in die entzündendste Religiösität. Holterdipolter und mit Hurra wird jede Antiquität verfallter Politik und Religion eingemottet. Mit dem großen Fragezeichen, ob die Menschen es ertragen werden, das Methusalemalter zu erreichen, endet das erste Spiel nach dem paradiesischen Prolog. Es sollen noch die übrigen drei Teile folgen. Der Regisseur sammelt alles Interesse auf Aquith und Lloyd George, damit das unerbliche Gepräch einen Mittelpunkt findet. Herr Stahl-Rachbaur und Herr Kurt Göd leuchten dieses Duell der Worte aus, und wirklich: eine languinische Natur, die vor dem Böbelhaften nicht ausweicht, und ein Weltmannstempament, das fröhlich mit den Tafelschmierigkeit balanziert, entpuppen sich köstlich.

Max Hochdorf.

Alkoholgewinnung in der Bäckerei? Mit den Stichworten „Eine unwägliche Erfindung — Spiritus aus Rauchschwaden — Riesmengen von Korn und Kartoffeln für die Volksernährung frei“ machte eine Berliner Zeitung kürzlich sensationelle Mitteilungen über ein Verfahren des Walleners Andrusjani, aus dem während des Brotdarens entweichenden Dampfschwaden hochprozentigen Alkohol zu gewinnen. Es sollen aus je 100 Kilogramm verbackenem Mehl 1 Liter 65- bis 85prozentiger Alkohol erzielt, damit 500 000 Hektoliter jährlich an „Brotdampfsalkohol“ erzeugt und dadurch jährlich 9 Millionen Zentner Kartoffeln oder eine entsprechende Menge Getreide und 2 Millionen Zentner Kohlen erspart werden.

Hierzu bemerkt das Institut für Gärungsgewerbe: Die Möglichkeiten einer technischen Gewinnung des in den Schwaden der Backöfen enthaltenen Alkohols sind schon seit langer Zeit in Erwägung gezogen worden, aber immer wieder hat man von einer Anwendung aller möglichen Verfahren wegen ihrer absoluten Unwirtschaftlichkeit Abstand genommen. Es entsteht bei der Teiggärung nur verhältnismäßig wenig Alkohol, und es können in den Rehtausenden über das ganze Deutsche Reich verstreuten Bäckereien im Einzelbetrieb nur ganz geringe Mengen Alkohol gewonnen werden, so daß der zu erwartende Mehrgewinn in gar keinem Verhältnis steht zu den Kosten. Auch in größeren Bäck-

fabriken kann der zu erwartende Mehrgewinn nur außerordentlich gering sein.

Der aus den Schwaden gemommene Alkohol gilt als aus Stoffen hergestellt, die vor dem 1. Oktober 1914 gewerblich nicht zur Alkohol-erzeugung verwendet worden sind. Die Herstellung von Alkohol aus solchen Stoffen ist durch das Branntweinmonopolgesetz der Reichsmonopolverwaltung vorbehalten; sie kann allerdings auf dieses Recht verzichtet. Ob sie sich dazu aber angesichts der Tatsache, daß viele tausende neuer Kleinbetriebe, denen übrigens auch erst ein Brennerrecht verliehen werden müßte, dann mit großen Kosten unter Steuerkontrolle genommen werden müßten, verstehen wird, erscheint äußerst fraglich.

Der Schriftsteller Moritz Heimann ist in der Charité gestorben. Er war seit Jahren leidend und hatte auch in der Einsamkeit des Larjes Kugel keine Heilung gefunden. Heimann ist in der Essentlichkeit wenig hervorgetreten. Er war lange Jahre hindurch der literarische Berater des Verlages S. Fischer und hat hier in der Auswahl der Werke und im Verkehr mit den Autoren als greiurer Eckardt der deutschen Literatur gewirkt. Sein eigenes Schaffen trat erst spät hervor. Er hat einige Bände prosaischer Schriften gesammelt und auch einige Noellen herausgegeben, in allem ein feiner geistiger Mensch, aber kein starker Gestalter. Seine Dramen haben auf der Bühne kaum Echo gefunden.

Das Herrnsfeld-Theater, das sich jetzt im früheren „Antimen Theater“ in der Bülowstraße niedergelassen hat, eröffnete die Saison mit zwei Schwänken aus dem früheren Repertoire. „Die Welt geht unter“ ist eine tolle Lustigkeit, die alle Berrücktheiten aufzeigt, zu denen ein braver Produzentenhändler durch die Falschmeldung eines bevorstehenden Weltuntergangs verleitet wird. „Was tut sich im Separe“ ist ein Verwicklungsstück, das seinen Ausgang von einem harmlosen Ausfluge einer Ehefrau ins Separe nimmt und zu immer bedenklicheren Enthüllungen des ganzen Kreises führt, bis man sich in die Zeiten einer vollkommenen Promiskuität zurückverfehlt fühlt. Das Durcheinander ist mit allen Tricks der Schwankliteratur ausgestattet. Anton Herrnsfeld und Ferd. Gründer zeigten, daß sie mit ihrer Drosit immer noch die Zuschauer zu erheitern verstehen. Auch die anderen Mitspieler halfen wacker zum Erfolge mit.

Naturschutzpark in der russischen Steppe. Die ukrainische Akademie der Wissenschaften hat beim Rat der Volkskommissare beantragt, das Karlowische Steppengebiet im Bezirk Poltawa zu einem Naturschutzpark zu erklären und jede landwirtschaftliche Ausnutzung bzw. Jagd zu verbieten. Die Akademie begründet ihren Antrag damit, daß dieser Teil der Steppe der einzige ist, in welchem die Natur noch durch keinerlei Siedlungen verändert oder zerstört worden ist.

Gerhart Hauptmanns „Weland“ (eine Tragödie) ist soeben bei E. Fischer, Verlag Berlin, erschienen.

Die erste staatliche Privatmusiklehrerprüfung für die Provinz Brandenburg und Berlin findet Dienstag, 27. Oktober d. J., und folgende Tage statt. Meldungen sind bis spätestens 10. Oktober an das Provinzial-Schulkollegium in Berlin-Lichterfelde, Behrendorfer Str. 92, einzureichen.

Marie Ossa mußte in ein Sanatorium gebracht werden. Das kleine Theater hat für ihre Rolle in „Diandolos“ „Besser als früher“ Erfolg gefunden.

Abschiedsfeier für Scheidemann.

Die Kasseler Arbeiter stehen zu ihrem Führer.

Kassel, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Heute abend nahmen in Kassel tausende von Parteigenossen und Reichsbannerkameraden Abschied von dem Genossen Scheidemann. Um 8 Uhr sammelten sich vor seinem Hause in der Wilhelmshöhler Allee die Bannergruppen des Kasseler Reichsbanners, auch die Arbeiterjugend trat mit ihren Fahnen an. Die Kapelle des Reichsbanners intonierte Beethoven'sche Melodien und der Gesangverein Typographia trug dem ehemaligen Kameraden ihre Lieder vor, worauf der Gauleiter Kamerad Gspjorth an den Kameraden Scheidemann die Abschiedsgrüße des Gau'es richtete. Mit weithin schallender Stimme gedachte er der Verdienste, die gerade Scheidemann als Mitglied des Reichsausschusses im Reichsbanner für die Entwicklung des Gau'es hat. Er ließ seine Rede ausklingen in ein Frei Heil auf Scheidemann, in das die Versammelten brausend einstimmten und die Kapelle die Hymne erklingen ließ. Scheidemann dankte in bewegten Worten den Reichsbannerkameraden und ermahnte sie dringend auszuhalten, nicht zu ermüden, wenn es um den Schutz der Republik, um das Fundament des neuen Staates gehe, möge kommen was wolle. Republik und Demokratie müße unter allen Umständen vor den Angriffen der Reaktion bewahrt bleiben. Daß das Reichsbanner diese seine Aufgabe erfüllen werde, hoffe er von ganzem Herzen und er glaube auch daran, daß das Reichsbanner in der kurzen Zeit seines Bestehens zu einem Nachfolger ersten Ranges geworden ist. Scheidemann schloß seine begeisterte aufgenommene Rede mit einem Hoch auf die Republik und das Reichsbanner, in das die Tausenden wiederum wie ein Mann einstimmten. Darauf wurde der dritte Vers des Deutschlandliedes gesungen. Damit hatte die Kundgebung des Reichsbanners ihr Ende erreicht.

Zu gleicher Zeit versammelten sich im Stadtpark die Parteigenossen, um Abschied von ihrem alten Führer zu nehmen. Der große Saal, festlich geschmückt mit roten und schwarzrotgoldenen Fahnen, reichte nicht aus, um die Massen aufzunehmen, so daß auch noch der zweite Saal geöffnet werden mußte. Der Vorsitzende der Kasseler Parteigenossenschaft, Bornemann, richtete an die Versammelten eine herzlich gehaltene Ansprache, in der er des Verdienstes Scheidemanns gedachte und die vielen Verdienste hervorhob, die Scheidemann nicht nur für die Kasseler Bewegung, sondern auch für die deutsche und darüber hinaus für die internationale Arbeiterbewegung für sich in Anspruch nehmen kann. Der Schluß seiner Rede wurde zu einer stürmischen Ovation für den Genossen Scheidemann. Genosse Scheidemann dankte dem Redner und den Kasseler Parteigenossen, die ihm einen solchen Ehrenabend besichert hatten. Unter Beifall erklärte er, daß all die Unbill, die er infolge der Verleumdungen der politischen Gegner ertragen mußte, in ein Nichts verfliehe, gegenüber der großen Freude, die ihn angesichts der Veranstaltung erfüllte. Der Höhepunkt seiner Ausführungen war, als er sagte: „Solange ich die Feder führen und die Tinte rühren kann, bleibe der Kampf mein liebstes Tun.“ Mit dem Gelübde, daß er an seinem neuen Wirkungsort die Heimat nicht vergessen und nach wie vor seine ganze Kraft in den Dienst des Sozialismus stellen werde, und in der Erwartung, daß auch die Parteigenossen Kassels ihrer Pflicht genügen und nach einem besonderen Wort an die Jugend, schloß Scheidemann mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie. Dann kam die Arbeiterjugend zu ihrem Recht. Ein Jugendgenosse widmete dem Genossen Scheidemann ein Abschiedsgebet. Wuntere Jungen und Mädchen sangen über die Bühne. Dem Genossen Scheidemann wurden im Verlaufe des Abends noch von vielen Seiten Blumensträuße überreicht. Gegen Mitternacht fand die Abschiedsfeier ihr Ende.

Die Zikewitz auf der Anklagebank.

In dem Prozeß über die Kredite der Landesbrandversicherungsanstalt wurden heute zunächst die Auskünfte über die Herren v. Ehdorff, v. Karstedt und v. Carlomij verlesen. Sie sind derart, daß kein Mensch begreifen kann, wie darauf hin diesen Tagelöhner hunderttausende von öffentlichen Geldern ausgehändigt wurden. Der Vorsitzende des Gerichts geht mit dem Angeklagten Rehning sehr ernsthaft ins Gebet. Bekanntlich hat die letzten großen Zahlungen an das Konsortium der Edelarier Direktor Lüders veranlaßt. Der Vorsitzende hält es für unverständlich, daß Geheimrat Rehning sich in keiner Weise um diese Geschäfte gekümmert hat.

Dorf.: Alles, was Sie sagen, klingt menschlich nicht verständlich, wider vom Standpunkt des Beamten, noch vom Standpunkt des Kaufmannes. Sie waren doch durch die Verluste im Falle Schappach gewarnt, die Ihr Kollege Lüders herbeiführt hatte. Nun gab dieser selbe Herr Lüders ohne Ihr Wissen weitere 250 000 M. an eine Gruppe aus, über die Sie positiv nicht viel wußten. Ich halte es für ausgeschlossen, daß Sie gegen Herrn Lüders gar nichts unternommen haben, als Sie von diesem neuen Kredit hörten. Glauben Sie, Herr Rehning, daß in einer Privatbank eine solche Geschäftsführung vorkommen könnte? Ihre Pflicht wäre es gewesen, sofort den Verwaltungsrat zu benachrichtigen. So unerfahren in geschäftlichen Dingen konnten Sie doch wohl nicht sein, daß Sie nicht klar Ihre Pflicht zum Eingreifen erkannt. Die 250 000 M. sind an Ehdorff in zwei Raten ausgezahlt worden. Hören Sie nach der ersten Rate schon von der Kreditübergabe?

Rehning: Ich glaube, erst ganz zum Schluß.
Dorf.: Ist Ihnen denn nie das Gefühl gekommen, daß Herr Lüders vielleicht andere Interessen gehabt hat, wenn er Ihnen, seinem Mitdirektor und gewissermaßen doch dem Leiter des Unternehmens, solche Geschäfte einfach verschwieg?
Angekl. Rehning: Ich war ja auch nicht einverstanden und habe Lüders hinterher Vorhaltungen gemacht.
Dorf.: Herr Rehning, sagen Sie doch die Wahrheit. Deshalb haben Sie als Beamter und Kaufmann nach dieser Geschichte nicht einfach zu Lüders gesagt: „Jetzt hat es geschwappt, ich kann Dich nicht weiter beden.“

Der Angeklagte Rehning schweigt.
Dorf.: Herr Rehning, man sieht, Sie ringen mit sich, sagen Sie doch die Wahrheit.

Angekl. Rehning (nach längerer Pause): Ich hatte keinen Augenblick etwa die Ansicht, daß Lüders nicht im besten Glauben handelte. Ich habe ihn auch zur Rede gestellt, daß er den Kredit über 250 000 Mark an Ehdorff und v. Carlomij gab, ohne daß Herr v. Zikewitz sich zur Deckung verpflichtet hatte. Uebrigens hat v. Zikewitz später diese Verpflichtung übernommen.

Dorf.: Im nächsten Monat, am 14. Mai, hat die VVA. der Gruppe Zikewitz dann einen dritten Kredit über 400 000 Mark eingeräumt. Damals mußten doch auch Sie schon klar sehen. Die drei jungen Herren, Ehdorff, Karstedt und Carlomij hatten Ihnen damals erzählt, daß Herr v. Zikewitz die notwendigen Hypotheken bekommen habe, die zur Rückzahlung der Kredite notwendig waren. Sie hatten behauptet, daß das Geld bereits auf einer Berliner Bank liege, eine Behauptung, die, wenn ich mich ganz gelinde ausdrücke, ohne jeden Rückhalt war. Hatten Sie nun noch immer kein Mißtrauen?

Rehning: Gewiß, aber den Herren, die jetzt hier auf der Anklagebank sitzen, war es ja sehr peinlich, daß die Hypotheken auf die Güter des Herrn v. Zikewitz nicht recht klappten und mir wiederum war es peinlich, daß ich die Nachsicht des Herrn v. Zikewitz zu Protesten gehen lassen sollte, so daß nun die ganze Geschichte an die Öffentlichkeit kam.

Auf der Pilzjagd.

Der Jäger oder Angler kann keine tiefere Leidenschaft empfinden in seiner Erwartung der Beute, als der Pilzjäger. Es gibt hier auch Sonntagsjäger, wie es Jäger und Angler für den Sonntag gibt. Es ist merkwürdig, wie Pilzjuchen die Menschen in seinen Bann zieht. Wer es einmal begonnen, den läßt es so bald nicht wieder los und die Herbstsonntage sind ihm dazu da, seiner Leidenschaft zu fröhnen. Mögen andere paddeln, tanzen, ringen, Fußball spielen, lässig spazieren gehen, ihn treibt es hinaus in den Wald, an seine sorglich geheim gehaltenen Stellen. Er sucht, wie ein Türke, wenn sie schon abgesehen sind, wird glühender Vertreter seines vermeintlichen Vorrechtes, was ihm aber nichts hilft. „Wenn Blide töten könnten“, um im Courtsy-Wähler-Stil zu schreiben, würde das Beichenschauhaus einer Erweiterung bedürfen. So muß er andere Plätze juchen, natürlich ausgerechnet gibt sich dann überall die Familie Gispilz ein Rendezvous. Knollenblätterpilze, Satanspilze, Gallenpilze und die leuchtendroten Fliegenpilze mit ihren Tupsen, aber keine „echte“, wie er in vollständiger Verfennung ihrer Eigenschaft behauptet. Echt sind sie schon, aber giftig. Wenigstens für den homo sapiens, manch anderem Getier bekommen sie ausgezeichnet. In Umkehrung des Schiffers im kleinen Kahn, der nur in die Höhe zur Foreley schaut, starrt er nur auf den Boden. Endlich ein Aushilz, noch einer und noch einer. Da eine Karone, ein Hutpilz. Sein giftiger Gesichtsausdruck verschwindet, er poßt sich der Spitze der Pilze an. Dann wieder eine Welle nichts, nur Gift. Wunderool, wie im gotischen Dom, streben die Buchen zum Licht und bilden Säulenhallen. Er gemährt es kaum, er wohnt fogusagen im Keller, der nur Schuhwerk und die mehr oder weniger verhäulten Beine sieht. Eichen stehen knorrig da, Birken grühen anmutig inmitten von Kiefern, er starrt auf den Boden. Da Birkenpilze, dort am Stamm einer alten Eiche ein riesiger fetter Steimpilz. Das gibt keine erste stolze Freude, wie sie der Jäger wohl bei Sichten eines starken Rehbock empfinden mag. Er sucht die Gegend ringsherum ab, kriecht unter jedes Gebüsch, wühlt in dem trockenen Laub, von starker Erwartung geschwellt. Nichts als ein paar Rehfüße und ein Waldhampignon. Dennoch, er sucht mit verdoppeltem Eifer weiter und sieht im Geiste eine ganze Steinpilzkolonie. So geht es sonntäglich Tausenden und abermals Tausenden. Nicht nur „er“ sondern auch „sie“ und die Kinder sind angeleitet. Und es ist nicht zuerst die Kochtopffrage, sondern die Freude an der Spannung, die das Pilzjuchen zu einer solchen Leidenschaft macht. Doch auch der Pilzjäger muß mäßig sein, und die ungeschriebenen Gesetze hochhalten. Nicht niedertampeln, was er nicht mag. Auch die Gispilze beleben den herbstlichen Wald. Und er muß seine Sache verstehen und nur die guten Pilze sammeln, die er wirklich kennt. Je mehr er mit erfahrenen Pilzjägern zusammenkommt, um so mehr ehbare, feinschmeckende Sorten wird er kennen lernen. Für die ihm unbekannteren Sorten, von denen die giftigen nun einmal seinen Totenopf tragen, muß er sich nach einem Thüringer Sprüchlein richten, das auch abgewandelt für die Pilze gelten kann:

„Schwarzbeerelein, bist du noch so schön, kenn' ich dich nicht, laß ich dich stehn.“

Amerikanische Bankräuber.

Hohe Belohnung auf ihre Ergreifung.

Eine Belohnung von 1000 Dollar hat die Regierung der Provinz Ontario auf die Ergreifung zweier Bankräuber ausgesetzt, die vermutlich nach Europa entkommen sind und jetzt auch in Deutschland gesucht werden. Es handelt sich um zwei Verbrecher namens William G. Murrell und George Ernst Korton, der auch Pat genannt wird.

Diese beiden beraubten mit einem Bruder des ersten, Sidney Murrell, und einem John Williams am 11. April 1921 die Home-Bank in der Nähe von London (Ontario) und schloßen dabei einen Bankbeamten nieder. Sidney Murrell und John Williams wurden gefaßt und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. William G. Murrell entfloh am 2. September 1921 aus dem Gefängnis zu London (Ontario), wo er mit seinem Bruder der Aburteilung entgangen wäre, auch Korton entkam. Nach den bisherigen Ermittlungen ist anzunehmen, daß sich die beiden Flüchtlinge jetzt in Europa, vielleicht in Deutschland, unter falschem Namen aufhalten. Die von der Regierung ausgeschriebene Belohnung von 1000 Dollar erhöht sich noch wesentlich durch Auslobungen von anderer Seite. Murrell ist 29 Jahre alt, 1,70 Meter groß und 150 Pfund schwer, hat dunkle Gesichtsfarbe, dunkelbraunes Haar, hofelnußbraune Augen und mehrere Tätowierungen, auf dem linken Arm einen Kopf, ein Bein, einen Stern, eine Schlange und einen Vogel, als anderes Kennzeichen eine Narbe auf dem rechten Handrücken. Korton ist 37—39 Jahre alt, 1,72—1,76 Meter groß und 160 Pfund schwer und hat hellblondes Haar, das er zuletzt lang und zurückgesteckt trug. Er war Liniensoldat, Eisenbahnbeamter und Automechaniker. Die Belohnungen sind ausgesetzt für die Ergreifung oder für Mitteilungen, die zur Festnahme eines der beiden Verbrecher führen. Angaben über ihr Auftauchen an die Streife B. I. im Polizeipräsidium.

Um den Margarinepreis.

In den letzten Tagen war in der Verbraucherschaft und in der Presse das Gerücht verbreitet, daß eine Erhöhung der Margarinepreise bevorstehe. Verhandlungen des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft mit den Organisationen der Margarine-Industrie und den maßgebenden Konzernwerken hoben nun zu der Feststellung geführt, daß die Margarine-Industrie eine Preiserhöhung nicht beabsichtigt, solange die gegenwärtigen Lohnverhältnisse keine Veränderung erfahren. (!) In diesen Verhandlungen hat das Ernährungsministerium die großen Konzerne der Margarine-Industrie und einige andere sogenannte freie Margarinewerke auch erfaßt, im Interesse einer völlig freien Preisbildung mit dem Ziel der Preisfestsetzung die Festlegung der Kleinverkaufspreise für ihre „Spitzenmarken“ sollen zu lassen.

Das lustige Finanzamt.

Sehr heiter muß es auf dem Finanzamt Rulsenstadt zugegangen sein, wenn den Angaben des Finanzhilfsbeamten Georg Behrens Glauben zu schenken ist, der gestern wegen Amtsverdrehens vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte angeklagt war. Behrens war bei dem genannten Finanzamt beschäftigt und benutzte diese Tätigkeit dazu, sich aus den Posteingängen Briefe anzueignen, die Schecks für das Finanzamt enthielten. Diese entnahm er den Kuverts und machte sie in der Weise zu Geld, daß er sie von einer seiner Freundinnen in der nötigen Form unterschreiben und dann von dem Bräutigam der einen, der auch einmal selbst die Unterschrift leistete, bei den Banken abheben ließ. Erhebliche Beträge fielen ihm dadurch in die Hände. Nach seiner Behauptung ist der 36jährige Angeklagte, der etwa bis vor einem Jahre ein wohlhabendes Leben führte und unbestraft war, dadurch zu seiner Tat gekommen, daß er im Dienste das Trinken lernte. Wie er angab, vermittelte dort ein Beamter Käufe von Weinen und Likören auf Kredit, was weiblich ausgenutzt worden sei. Infolgedessen hatten sich schon während der Dienststunden große Zehrenten entwickelt, so daß mancher schon am Vormittag betrunken gewesen sei. Diese Festgelage seien dann abends in Vorküfchen fortgesetzt worden. Dadurch wollte der Angeklagte auch als verheirateter Mann zu seinen Freundinnen gekommen sein. Da er oft nachts spät nach Hause kam, habe seine Frau nichts mehr von ihm wissen wollen, und so habe er mit Mädchen angebandelt, denen er

Geschenke hätte machen müssen. Die mitangeklagten beiden Mädchen wurden freigesprochen, während der Bräutigam 9 Monate Gefängnis erhielt. Behrens selbst wurde zu 2 Jahren Zuchthaus, 3 Jahren Ehrverlust und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Wenn es auch, so hieß es in der Begründung, in dem Finanzamt anscheinend nicht ganz so zugegangen sei, wie es sich gehört, so müßten doch derartige Leute wie der Angeklagte aus der deutschen Beamtenenschaft entfernt werden.

Ein geheimnisvoller Mädchenmord.

Wer ist der Täter?

Zur Aufklärung eines rätselhaften Mordes in Bremen ist die Berliner Kriminalpolizei um Mitfahndung nach dem unbekanntem jugendlichen Täter ersucht worden.

Am Sonnabend voriger Woche, den 12. d. M., kam eine 15 Jahre alte Wilhelmine Frecks aus der Rühlensburgstraße 17 in Bremen kurz vor 10 Uhr abends mit ihrer jüngeren Schwester von einem Ausflug zurück. Als sie gerade das Elternhaus betreten wollte, kam ein junger Mann heran und versetzte ihr einen Stich ins Herz. Das Mädchen brach tot zusammen. Der Mörder entkam. Nach Aussage von Zeugen war er schon 3 oder 4 Wochen vorher eines Tages um 7 Uhr abends, von der Hofsteder Heerstraße in die Rühlensburgstraße entliefen, hinter den beiden Mädchen hergegangen, ohne sie jedoch anzureden oder zu belästigen. Deshalb er nun vor 8 Tagen diese Tat ausführte, ist bisher noch unerklärlich. Die Bremer Kriminalpolizei rechnet auch mit der Möglichkeit, daß der Stich nicht dem getöteten Mädchen gegolten hat. Der Mörder, von dem man noch keine Spur gefunden hat, ist etwa 18 bis 20 Jahre alt, mittelgroß und schlank, hat ein blaues Gesicht, eine gerade Nase und angeblich mittelgroßes Haar und trug einen grauen Schloppe mit grauem Band, eine graue Jacke, eine ähnliche vielteilig gekreuzte Hose, eine Strickjacke mit grasgrünem Knopfstreifen, die am Halse zugeknöpft und deren großer Kragen über die Jacke gelegt war und schwarze Stiefel. Der Verfolger hat einen eigenartigen schlotterigen Gang bei unruhiger Körperhaltung. Als Werdwerkzeug muß er ein 10 Millimeter breites und 3 Millimeter dickes Instrument, wahrscheinlich ein Messer, benutzt haben. Auf seine Ergreifung hat die Bremer Kriminalpolizei eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. In Berlin nimmt Mitteilungen über sein Auftauchen die Dienststelle B. I. 14 im Zimmer 96a des Polizeipräsidiums entgegen.

Träume brachten es an den Tag.

Eine Variante zu dem Wort: „Die Sonne bringt es an den Tag“ hat sich in dieser Woche in der nordböhmisches Kohlenstadt Brüx ereignet. Vor fast sechs Jahren war eines Tages ein bildschönes Mädchen, Maria Kolaret, die Geliebte des Bergmannes Josef Teiching, in einer Kohlenprange ertrunken aufgefunden worden. Derselbe Bergmann, der inzwischen mit einem anderen Mädchen in gemeinsamen Haushalte lebt, wurde nun über deren Anzeile und auf Grund von Nachforschungen diese Woche als Mörder seiner ehemaligen Geliebten verhaftet. Teiching, eine gewalttätige Natur, hatte der jetzigen Geliebten wiederholt gedroht, er werde sie umbringen, wie er seine Erste ertränkt habe. Auf die Reden hätte das Mädchen nicht so viel gegeben, wenn Teiching nicht jahrelang in schweren Träumen laut über den Mord an der Kolaret gesprochen und sich so verraten hätte. Als der Rohling jetzt nach einem Streite das Mädchen fürchtlich erschreckte, raffte sie sich zur Anzeige bei der Behörde auf, und der weit zurückliegende Mord dürfte nun seine Sühne finden.

Er setzte sein Leben ein.

Krasdorf, 22. September. (M. B.) In der vergangenen Nacht fuhr ein Automobil der Hannoverer Papierfabrik bei Steuding gegen eine geschlossenen Schranke, die es zertrümmerte. Als der Bahnwärter die Trümmer der Schranke beseitigte, wurde er von dem heranbrausenden Schnellzug erfasst und erlitt einen doppelten Beinbruch und Kopfverletzungen. Durch operativerische Pflichterfüllung hat der Bahnwärter die Inzassen des Schnellzuges vor unübersehbarem Unglück bewahrt.

Weiterreise der japanischen Flieger am Donnerstag verzögert. Die japanischen Flieger, die ursprünglich schon heute wieder Berlin verlassen wollten, haben ihren Start nach Paris auf Donnerstag verzögert. Gestern abend begaben sie sich unter Führung des Hauptmanns Abe nach Staaken, um den Nachtflugbetrieb des Aero-Flonds kennen zu lernen; sie flogen später mit einem Polizeiflugzeug nach Hamburg.

Zusammenstoß zweier estnischer Panzerzüge. Im Verlauf der gegenwärtig stattfindenden estnischen Wander kam es zu einem schweren Unglücksfall. Auf der Strecke Walk-Rebal stießen zwei Panzerzüge zusammen. Nach den bisherigen Meldungen sind fünf Tote und acht Verletzte zu beklagen.

Jugendveranstaltungen.

Abt. Vorkem. Jugendheim Breitenl. 20. Brute abend 7 1/2 Uhr: Vortrag: „Politische Tagesfragen“. Referent: Genosse Franz v. Quittaner.

Arbeitersport.

Der Bundesvorstand zu den Russenpielen.

Die letzte Sitzung des Bundesvorstandes des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes beschloß in der Sache der Russenfußballspiele folgendes: „Die Vereine, die gegen die Russenmannschaft ein Spiel ausgetragen haben, sowie die Leitung der „Märkischen Spiel-Vereinigung“, die Schiedsrichter und die Seitenrichter, die während der Spiele tätig waren, werden auf ein Vierteljahr, vom 20. September bis 20. Dezember 1925, disqualifiziert. Das Spielverbot gilt für jede sportliche Tätigkeit. Erforderliche Ausführungsbestimmungen werden noch bekanntgegeben. Von einem Ausschluß der Vereine bzw. einzelner Mitglieder wird Abstand genommen, doch wird in Zukunft jeder Verein und jedes Bundesmitglied mit Ausschluß bestraft, der gegen die Gesetze des Bundes verstößt. Außerdem erhält der Arbeiterturnverein „Fichte“-Berlin wegen Beteiligung des ausgeschlossenen Mitgliedes Lieste an dem 35. Vereinsjubiläum sowie wegen seiner Bestellung als Referent eine strenge Verwarnung.“

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde der geschäftsführende Ausschuß beauftragt, Umschau zu halten, ob das für 1926 geplante 2. Bundesfest durchgeführt werden kann. Der Bundestag soll für die Zeit vom 25. bis 27. Juli 1926 nach Hamburg einberufen werden.

Städte-Borssamp Berlin-Braunschweig.

Am Freitag standen sich im überfüllten Braunschweiger Rondeau die erste Bor-Kampfmannschaft der Sportlichen Vereinigung „Nord-Oh“ Berlin und der nordwestdeutsche Meister des A.B.V. Verein für Volkssport Braunschweig gegenüber. Der Kampf endete mit 8:8 unentschieden, jedoch entspricht dieses Resultat nicht dem wirklichen Verlauf. Das Kampfgericht zeigte sich sehr parteiisch zugunsten der Braunschweiger, und insbesondere erwies sich der Ringrichter als vollkommen unerfahren.

Der Rückkampf wird in Berlin Saalbau Friedrichshain am Montag, den 30. November d. J. stattfinden.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Die Abt. Arbeiter-Schachklub spielt jeden Dienstag abend 8 1/2 Uhr in Reutems Gesellschaft, Eichenstraße, 7. Arbeiter-Schachklub. Gölle leberstet willkommen. — Die Jugendabteilung streift bei sich mit der Abt. Arbeiter-Schachklub vereinigt und findet der Spielabend jetzt jeden Dienstag 8 Uhr bei Richter, Weißstr. 8, statt.

Sport-Club Berlin 02. Mitglied des Arb.-Mittl.-Bundes. Die Trainingsabende der Vorbereitung sind jetzt jeden Sonntag und Donnerstag um 8 1/2 bis 10 Uhr in der Turnhalle Braunschweiger Str. 15-17 (Nähe Scharnhorst) Braunschweiger Str. 15-17 (Nähe Scharnhorst) stattfinden. Jeden Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr in der Turnhalle Braunschweiger Str. 15-17 (Nähe Scharnhorst). Günstige Trainer gewählten eine gute Ausbildung.

Gewerkschaftsbewegung

Das letztemal!

Die RPD hat von Kossau strengen Befehl, die mühsam errichteten „selbständigen“ Gewerkschaften zu „liquidieren“. Weil Ruth Fischer nicht schnell genug einschwenkte, ist sie gegangenen worden. Die „Rote Fahne“ muß also auch gegen Kaiser und seinem Verband angetreten sein. Die RPD hat sich entschlossen, die Bauarbeiter aufzutreten, so sehr sie diesen bisher auch verhasst haben mag. Kaiser, der offenbar übergeschätzt ist, erklärt, die Kämpfe, die zum nächsten Frühjahr im Baugewerbe zu erwarten sind, können nur dann erfolgreich durchgeführt werden, wenn alle Bauarbeiter — seiner Splittorganisation beitreten.

Die „Rote Fahne“ bemüht sich nun, diesen gemeingefährlichen Völkern abzuschütteln, wobei sie freilich nur zeigt, wie eng liiert die RPD mit diesen Feinden der gewerkschaftlichen Einheitsfront ist. Sie schreibt:

... Angehts dieser Behauptungen können wir nicht umhin, ein ernstes Wort zu dem neuen „Kaisermandat“ zu sagen. Gemäß werden die künftigen Bauarbeiterkämpfe nicht allein mit gefüllten Kassenbüchsen geführt. Das hat auch Kaiser eingesehen und deshalb die Hilfe der RPD, der kommunistischen Presse und der Fraktionen, Jellen und Bezirksorganisationen der RPD, gern und ausgiebig in Anspruch genommen. Insbesondere die „Rote Fahne“, wenn sie auch teilweise die Veröffentlichungen des B. d. a. B., als den gewerkschaftlichen Grundrissen der RPD, zuwiderlaufen, ablehnte, hat in der Propagierung der Sammelaktion für die streikenden Bauarbeiter ihr mögliches getan. Wir erklären aber ausdrücklich, daß es das letzte mal war, wenn Kaiser und seine Freunde weiterhin an seiner selbständigen Organisation um der Organisation und einiger Posten willen festhalten, und wenn sie weiterhin versuchen sollten, DGB-Mitglieder und Unorganisierte auf Grund niedriger Beiträge zu gewinnen.

Zu dieser Krippenbauerei Bachmann kontra Kaiser einige Bemerkungen:

Daß auch zum gewerkschaftlichen Kampf erstens Geld, zweitens Geld und drittens wieder Geld gehört, daß die Kaisertrouen erstens kein Geld, zweitens kein Geld und drittens wieder kein Geld haben, ist eine Wahrheit, die sich jeder wirklich gewerkschaftlich organisierte Bauarbeiter längst an den Schulhöfen abgelaufen hat. Das hat die „Rote Fahne“ aber nicht gebührend, nicht nur während des Streiks, sondern vor allen Dingen vorher die Kassenrollen für die „Ausgeschlossenen“ zu rühren. Als zwischen Bachmann und Kaiser der Kampf losging — wenn das Futter knapp ist, beißen die Pferde einander — wurde die Liebe der „Roten Fahne“ zu den Kaiserlichen wohl um einige Grade kälter, was sie aber nicht hinderte, während des Streiks mit Sonne und in großer Aufmachung alle Ausstellungen des Kaiser abzudrücken, die den Kampf irgendwie schädigen konnten. Und die anglistischen Hilferufe um Unterstützung mußten den Unternehmern ein sonderbares Bild von der Widerstandskraft der Bauarbeiter geben. Als die Strohtrümpfe des Kaiser während des Kampfes gewalttätig gegen die Bauarbeiter vorgingen, die, entsprechend einem Beschluß der Tariforganisationen (also auch der kommunistischen Zimmerer) bei der „Bauhütte“ arbeiteten, da fanden sie den ungetriebenen Beifall der „Roten Fahne“.

Und nun soll es „das letztemal“ gewesen sein! Und zwar hauptsächlich deshalb, weil Kaiser — wie er das so gewohnt ist und gelernt wurde — jetzt auch dem Verband der „Ausgeschlossenen“ die Beiträge sperren. Nach der Erziehung zu den „gewerkschaftlichen Grundrissen der RPD“: wie zahlte ich möglichst niedrige Beiträge? — die logische Schlussfolgerung: Wir zahlen überhaupt keine Beiträge mehr an den Verband. (Das Geld kann Kaiser selber brauchen, zumal sein Organisationsplan von dem letzten Streik stark mitgenommen wurde.)

Aber wie wird uns? Als der Vorstand des Baugewerksbundes die Propagandisten der Beitragsperre beim Fragen nahm, da konnte sich die „Rote Fahne“ nicht genug entziehen. Nun schreibt sie selbst nach „Beschüssen, die nicht im Interesse Kaisers... liegen“:

Wird es wirklich „das letztemal“ sein, daß die „Rote Fahne“ gegen die Gewerkschaften und für die Gewerkschaftszertürer das Wort nimmt? Daß der B. d. a. B. heute nicht viel besser ist, als eine gelbe Drückerbergerorganisation, stimmt. Das wird aber das Bolschewistenblut nicht hindern, die Kaisertrouen wieder in seine Arme zu schließen, wenn diese bei einem Kampf den Unternehmern Handlangerdienste leisten.

Lohnbewegung in der Chemischen Industrie.

Die Arbeiterchaft muß sich sammeln zum Vorstoß.

In einer vom Fabrikarbeiterverband einberufenen Versammlung der chemischen Arbeiter am Montag im Gewerkschaftshaus sprach Reimann über die Lohn- und Organisationsverhältnisse in der chemischen Industrie.

Er gab einleitend einen Bericht über die Entwicklung der Löhne in diesem Jahre und die Wirkungen der Einzelstreiks. Bei Beginn dieses Jahres betrug der Tariflohn 58 Pf. Er wurde im Januar auf 62 Pf. erhöht. Als dieses Lohnabkommen im März abließ, konnte wegen des äußerst schlechten Organisationsverhältnisses ein höherer Lohn nicht durchgedrückt werden. Um wenigstens einzelnen Betrieben die Möglichkeit zu geben, einen höheren Lohn durchzusetzen, schloß die Organisation keinen neuen Tarif ab, sondern ließ tariflos arbeiten. Der tariflose Zustand erwies sich aber bald als ein Geschenk an die Unternehmer, da die Arbeiter überall für die alten Löhne weiterarbeiteten. Im Mai wurde ein neues Lohnabkommen abgeschlossen, das eine Lohnhöhung von 4 Pf. vorsah und bis zum 6. Oktober gilt.

Während der Laufzeit dieses Abkommens kam es infolge der eingetretenen Teuerung in einigen Betrieben zu Arbeitsentlassungen, um aufstärkerische Teuerungszulagen zu erhalten. Die Bewegungen verliefen mit ganz geringen Ausnahmen ergebnislos. Dies war auch voraussehbar, da in den streikenden Betrieben die übergroße Mehrheit der Beschäftigten unorganisiert war. Durch die Bewegungen haben die Organisierten den größten Schaden

erlitten, da die Organisierten meist nicht wieder eingestellt wurden. Es muß daraus die Lehre gezogen werden, daß es so wie bisher in der chemischen Industrie nicht weiter gehen kann. Die Organisierten können sich von den Unorganisierten nicht distanzieren lassen, um immer wieder die Leidtragenden zu sein.

Man hatte die Hoffnung, daß es bis zum Ablauf des jetzigen Lohnabkommens mit dem Organisationsverhältnis anders aussehen würde. Die Arbeit der Funktionäre, die der Organisation neue Mitglieder zugeführt haben, soll nicht unterschätzt werden, aber die Massen der chemischen Arbeiter stehen der Organisation noch fern. Die von den einzelnen Betrieben verlangten Erhöhungen des Lohnes von 66 Pf. auf 80 Pf. oder 1 M. sind der Lebenshaltung entsprechend nicht zu hoch gegriffen. Ob die Organisation diese Forderungen durchsetzen könnte, ist eine andere Frage. Es zeigt sich allmählich, daß sich das Lohnniveau einer Industrie immer nach dem Organisationsverhältnis richtet. Die Organisation wird jedenfalls versuchen, zu erreichen, was nur irgend möglich ist. Sie vertritt sich aber schon heute jede Kritik der Unorganisierten.

Nach einer regen Diskussion wurde eine Entschließung im Sinne des Referats einstimmig angenommen.

Schiedspruch im Schriftgießereistreik.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde im Schriftgießereistreik folgender Schiedspruch gefällt:

1. a) Der Spitzenlohn für einen gelehrten Arbeiter über 24 Jahre beträgt ab 23. September 1925 49,44 M. wöchentlich, d. h. 1,03 M. arbeitsständlich.

b) Die Lohnsätze für die übrigen Klassen erhöhen sich entsprechend.

2. Für die Stücklohnarbeiter wird vom 23. September 1925 ab, die Grundgebühr für die höchste Altersklasse wöchentlich um 4,32 M., für die übrigen Klassen entsprechend erhöht.

3. a) Bei den Betrieben oder Betriebsabteilungen, die neue Arbeitskräfte bisher nicht eingestellt haben, werden alle früheren Arbeitskräfte am 23. September 1925 wieder eingestellt.

b) Bei den übrigen Betrieben oder Betriebsabteilungen wird die Arbeit so schnell und soweit wieder aufgenommen, wie dies die betrieblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse irgend gestatten. Die Wiedereinstellung soll möglichst am 23. September 1925 beginnen und spätestens bis zum 21. Oktober 1925 beendet sein. Für die bis zum letztgenannten Zeitpunkt wieder Eingestellten gelten die Urlaubsvorschriften nach Punkt 2 dieses Schiedspruches.

c) Maßnahmen aus Anlaß der Arbeitsunterbrechung dürfen nicht vorgenommen werden.

Die Durchführung der Wiederaufnahme der Arbeit und des Ingangbringens der Betriebe hat in entgegenkommender, auf spätere reibungslose Zusammenarbeit abzielende Weise zu erfolgen.

Das Arbeitsverhältnis der Wiedereingestellten gilt als nicht unterbrochen.

Mit der Beilegung etwaiger Streitigkeiten zwischen einzelnen früheren Arbeitnehmern und Arbeitgebern über die Frage, ob Maßregelung vorliegt, werden die örtlichen Tariffchiedsgerichte als Sonderchiedsgerichte beauftragt.

Zur Leitung haben die örtlichen Tarifparteien einen unparteiischen Vorsitzenden zu wählen; sollten sie sich über die Person des unparteiischen Vorsitzenden nicht einigen, so ist der örtliche Schlichter um Bestellung des Vorsitzenden zu bitten.

Die Sonderchiedsgerichte können von den einzelnen früheren Arbeitnehmern oder Arbeitgebern nur bis zum 4. November 1925 einsetzt, angern und werden. Sie entscheiden für den Fall, daß eine Einigung nicht zu erzielen ist, möglichst binnen 8 Tagen nach Anruf über die bezeichneten Streitfälle endgültig und bindend. Die gegen eine Firma eingebrachten Beschwerden sind von den Sonderchiedsgerichten zusammen zu behandeln.

4. Bei Bedrohungen an Arbeitskräften sind in erster Reihe die vor der Arbeitsunterbrechung beschäftigt gewesen Arbeitskräfte gleicher Art zu berücksichtigen. Hierbei haben Arbeitskräfte, die aus Anlaß des derzeitigen Streiks gerichtlich rechtskräftig bestraft worden sind, oder gegen die ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft noch schwebt, auf Wiedereinstellung keinen Anspruch.

5. Die vorstehenden Regelungen gelten bis zum 31. Dezember 1925, soweit nicht andere Fristen vorgehen sind.

Wie wir erfahren, ist der Schiedspruch von beiden Parteien angenommen worden. Damit ist der Streik, der zwölf Wochen währte, erfolgreich beendet. Die Unternehmer hatten jede Lohn- und Gehaltssteigerung abgelehnt; durch den Streik ist eine Lohn- und Gehaltssteigerung von rund 10 Proz. erzielt worden. Es ist zu hoffen, daß die Unternehmer aus diesem Streik die notwendige Lehre ziehen und nicht den vergeblichen Versuch machen, durch die Streikbrecher die Konfliktatmosphäre zu verlängern. Die Arbeiterchaft lehrt ebenso geschlossen und entschlossen in die Betriebe zurück, wie sie sie vor zwölf Wochen verlassen hat. Sie wird keine, auch keine verfehlte Maßregelung dulden.

Lohnbewegung der Glaser.

In einer Versammlung der Glaser am Montag im Gewerkschaftshaus berichtete Bursch über die Lohnverhandlungen. Die Glaser hatten ihre Organisation beauftragt, das am 17. September ablaufende Lohnabkommen zu kündigen und eine Erhöhung ihres Lohnes von 1,25 auf 1,50 M. zu verlangen. In den Verhandlungen mit der Glaserzweigvereinigung am Donnerstag voriger Woche konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Unternehmervertreter behaupteten, daß der jetzt gezahlte Lohn durchaus den Lebenshaltungskosten entspreche. Sie erklärten, im Laufe des Oktober zu neuen Verhandlungen bereit zu sein, wenn die am 1. Oktober im Krafte tretenden Forderungen eine Teuerung herbeiführen sollten. Wegen dieses Standpunktes der Unternehmer scheiterten die Verhandlungen. Nach eingehender Diskussion beschloß die Versammlung, in einigen Betrieben sofort Betriebsversammlungen einzuberufen und

betriebsweise Lohnforderungen zu stellen. Sollten diese Maßnahmen keinen Erfolg bringen, so werden die Glaser zu härteren Mitteln greifen. Jedenfalls sind sie fest entschlossen, für die wenigen Wochen, die ihnen noch bis zum Eintritt des Frostes bleiben, eine nennenswerte Lohnsteigerung durchzusetzen.

In Bombay streiken 125 000 Textilarbeiter. Fast alle Baumwollspinnereien sind stillgelegt. Die meisten Streikenden kehren in ihre Dörfer zurück. Bisher haben Vermittlungsverhandlungen nicht stattgefunden.

Wirtschaft

Die Reichsbank erfuhr laut Ausweis vom 15. September in der zweiten Septemberwoche eine wesentliche Entlastung ihrer Geldverhältnisse dadurch, daß für 78,4 Millionen Mark Privatwechsel zurückgezahlt und für 20,3 Millionen Wechsel von öffentlichen Stellen angekauft wurden. Auch die Lombarddarlehen zeigten einen kleinen Rückgang. Infolgedessen flossen 145,9 Millionen Reichsmark an Geldscheinen in die Kassen der Reichsbank zurück, und der Notenumsatz verminderte sich auf 2 413,3 Millionen Mark. Auch an fremden Geldern flossen der Reichsbank erhebliche Beträge zu. Die umlaufenden Noten wurden am 15. September zu 47,4 Proz. in Gold allein und zu 61,2 Proz. in Gold und Devisen zusammen gedeckt.

Seehandlung und Zinsabbau. Ueber den Reichsverband der Deutschen Industrie wird bekannt, daß die Preussische Seehandlung infolge der Verbilligung der Post- und Reichsgelder in den letzten Tagen begonnen hat, erste Warenwechsel zu einem um etwa 1/2 Proz. verbilligten Satze aufzunehmen. Es ist erstaunlich, daß die deutsche Öffentlichkeit von einer solchen Maßnahme über den Reichsverband der Deutschen Industrie und nicht von der Preussischen Seehandlung selbst Kenntnis erhält. Wenn es auch bekannt ist, wie sehr die Seehandlung in Misachtung ihres öffentlichen Charakters verfaßt und offen vielmehr den privatwirtschaftlichen als den öffentlichen Interessen die Stange hält, so ist es doch höchste Zeit, daß die Seehandlung Veränderungen ihrer Konditionen öffentlich bekannt gibt, wie es sich für ein staatliches Bankinstitut gebührt. Wie man angesichts der relativen geringfügigkeit der für Wirtschaftskredite verfügbaren öffentlichen Mittel erwarten konnte, ist die von der Seehandlung durchgeführte Kreditverbilligung, die übrigens nur ersten Warenwechseln und den Banken zugute kommt, natürlich minimal. Selbst wenn die Privatbanken ihrerseits der Seehandlung folgen würden, könnte von einer Kreditverbilligung, wie sie die Luhrsche Kreditoffensivierung will, keine Rede sein. Ein Zinsabbau im Sinne der Verbilligung der Zinsspanne ist eben nur möglich, wenn sie durch eine Diskonterhöhung der Reichsbank oder durch eine ernsthafte Kreditkonkurrenz der öffentlichen Banken gegenüber über den Konditionstarif der Privatbanken erzwungen wird. Wir haben beides seit Monaten gefordert. Leider dürfte die 1/2-prozentige Kreditverbilligung bei der Seehandlung aber nicht entfernt als Konturnahme aufzufassen sein, so daß man sich, so begrüßenswert der Schritt zu sein scheint, von ihm keinerlei Erfolg versprechen dürfen.

Erhöhung der Kalipresse? In der Generalversammlung des Gumpelkonzerns erklärte Herr Kommerzienrat Gumpel, daß demnächst eine Kalipreiserhöhung eintreten müsse. Die Preisfrage werde in nächster Zeit noch viel erörtert werden. Demgegenüber wollen wir daran erinnern, daß noch vor etwa 6 Wochen das Kalisyndikat erklärte, daß „vor dem Herbstgeschäft selbst mit einer mäßigen Preiserhöhung noch nicht zu rechnen“ sei. Diese Formulierung schließt in sich, daß damals eine Preiserhöhung für den gegenwärtigen Augenblick offenbar noch nicht geplant war. Es ist mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß eine Preiserhöhung des Syndikats den öffentlichen Interessen und insbesondere den Interessen der Landwirtschaft außerordentlich schädlich sein müßte. Sorgfältige Untersuchungen von landwirtschaftlicher Seite haben bereits gezeigt, daß die zunehmende Verwendung von verarbeitetem Kalk in der Kalkindustrie an Stelle der Kalksalze eine Verteuerung für Reintalk bedeutet, die in vielen Fällen die Verwendung von Kalk in verarbeiteter Form bereits bei den heutigen Preisen kaum rentabel erscheinen läßt. Da jedoch die Landwirte sich nun einmal daran gewöhnt haben, Fabrikate statt der Kalksalze in steigendem Maße zu verwenden, bedeuten diese Untersuchungen, daß bei einer Preiserhöhung die Verwendung von Kalk als Düngemittel fast zurückgehen müßte. Diese Gefahr läge um so näher, als im Augenblick die Getreidepreise sinkende Tendenz aufweisen, so daß das rechnerische Verhältnis zwischen Düngemittelaufwand und landwirtschaftlichem Ertrage sich ohnehin zu Ungunsten des Landwirts verschiebt. Immerhin wird man hoffen dürfen, daß der Plan einer Preiserhöhung innerhalb der Kalkindustrie selbst auf starken Widerstand stoßen wird.

Gründung eines Drahtseilverbandes. Die Verhandlungen zur Bildung eines Drahtseilverbandes haben nunmehr zu einem Ergebnis geführt. Wie die „Kölnische Zeitung“ erzählt, wurde auf der in Düsseldorf abgehaltenen Versammlung grundsätzlich die Gründung des Drahtseilverbandes G. m. b. H. beschlossen.

10-Millionen-Dollar-Anleihe Bremens. Zwischen der Finanzdeputation der freien Hansestadt Bremen und einem unter Mitwirkung der Garantie Trust Company New York mit der J. F. Schroeder-Bank Kommanditgesellschaft auf Aktien Bremen, der Berliner Handelsgesellschaft Berlin und den Herren W. R. Warburg u. Co. Hamburg gebildeten Consortium ist heute der Vertrag über eine siebenprozentige Anleihe in Höhe von 10 Millionen Dollar mit einer 10jährigen Laufzeit zum Abschluß gekommen, die an der New Yorker Börse, sowie in Holland, der Schweiz und England zum Kurse von 94 1/2 Proz. zur Zeichnung aufgelegt werden soll.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Solomons; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Götter; Landwirtschaft: R. D. Pöcher; Lokales und Sonstiges: Rich. Kuchel; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Formis-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Formis-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin E. B. 65, Lindenstraße 2.

Siegfried Flatows
„FLORA“
Schöneberg, Hauptstraße 144
Täglich 8 Uhr:
= 11 erstklassige =
Variété-Attraktionen
Vollständige Preise
Sonntags 4 Uhr: Kleine Preise.
Alle 12 Tage neues Programm.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Telefon: Norden 1199
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landsauerstr. 4 — Tel. Pflanzburg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Hausmusik auf Kredit!
Ersi. Sprechapparate
mit Platzenzugabe
Nur geringe Anzahlung
und kleinste Rate
Platten aller Marken zu Listenpreisen
in großer Auswahl
Fernsprek kostenlos Prospekt ein oder
besichtigen Sie meine Vorführungsgeräte
von 9 bis 7 Uhr (auch Sonnabends)
Musikhaus E. Feldhammer
Berlin S 42, Ritterstr. 34
Telephon: Dönhoff 2324

A. Behelm - Schwarzbachs
Kaufmännische Privatschule
(Inh. F. Eggert)
Neukölln, Anmeldung, Gunglhoferstr. 1
und Berliner Str. 32 (Privatwohnung)
Beginn neuer 1/2-Jahres- und 1/4-Jahres-
Lehrgänge. — Fernspr.: Neukölln 1663

Der gute Kapitän-Kaufabak
bis in die kleinste Dampfer-
schiffahrt
C. Becker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgl. 3981

Läuse
Wangen
Schmerzen
Gelenken
Häuten
besitzt nur sofort unter Garantie
Edolda, A., O., G., S., D., E.
zu haben in Apotheken und Drogerien
Generalvertreter
Paul Bremer, Berlin NO 52
Friedrichstr. 3, Tel. Dönhoff 156

Metalbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten dir. an Priv.
Kat. 600 frei. Eisenmöbelfabr. Subl. Thür.

Tapeten
25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.
Tiefenauswahl in allen Preislagen — herrliche Muster
Tapeten-Magazin Humboldt
Brunnenstraße 12, Ecke Voltastraße
nur 1. Stock, kein Laden
(Hauptfrei, daher feinstes Glas billig.)
Vorgezeigt erhält 2/3 Rabatt.

Geogr. 1681.
Steph. u. Dauen-Decken
am preiswertesten, besten Fabrikat. Fabrik
Bernhard Prohmann, Berlin
Wallstr. 72 (Untergrundbahn, Invalidenstr.)
Filiale: Spittelmarkt, Ecke Gendarmen-
und Weiden, **Miloburger Platz 2**, Ecke Trautmannstr.
Reparatur jed. Art. **Maßl. Kristallglas gratis**

Zähne Kronen :: Plomben
Brücken :: Gebisse
gegen günstige Zahlungsbedingungen
sorgfältigste, gewissenhafteste Behandlung
Zahn-Praxis
m. d. **Wolf, Potsdamer Str. 55**
Sprecher, 9-7, Sonnt. 9-12 — | Ma. Hochb. Bülower.

Küchen
Kochen-Auswahl, enorm preiswert!
Anrichte-Elekt. Tisch ... 85 M. 130 M.
Zentrale-Elekt. Tisch ... 95 M. 150 M.
Anrichte-Elekt. Tisch ... 150 M. 215 M.
Küchenschrank, 10 cm ... 38 M. 55 M.
Küchenschrank-Fabrik
Laserschmied, Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Wolff Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Netto 50 Pfennig
Vorrätig
in allen Vorwärts-Ausgabestellen.